



Ausschuss für Kultur und Medien

50. Sitzung (öffentlich)

13. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

08:32 Uhr bis 09:19 Uhr

Vorsitz: Oliver Keymis (GRÜNE)

Protokoll: Benjamin Schruff

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) 3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100
Drucksache 17/11800 (Ergänzung)

Einzelplan 02
Erläuterungsband
Vorlage 17/3970
Vorlage 17/4124 (Einbringung)

Einzelplan 06
Erläuterungsband
Vorlage 17/3967

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2020 bis 2024 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 17/11101

– Wortbeiträge

| | | |
|----------|--|-----------|
| a) | Einzelplan 02; Kapitel 02 060 (Medien) | 3 |
| b) | Einzelplan 06; Kapitel 06 050 (Kulturförderung), Kapitel 06 080 (Landesarchiv, Archivwesen) | 8 |
| c) | Weiterer Beratungsverlauf | 10 |
| 2 | Verschiedenes | 11 |

hier: **Fraktionsstärke**

Der Ausschuss kommt überein, in den für den 19. November 2020 und den 10. Dezember 2020 geplanten Sitzungen pandemiebedingt in Fraktionsstärke zu tagen.

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100
Drucksache 17/11800 (Ergänzung)

Einzelplan 02
Erläuterungsband
Vorlage 17/3970
Vorlage 17/4124 (Einbringung)

Einzelplan 06
Erläuterungsband
Vorlage 17/3967

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2020 bis 2024 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 17/11101

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/11100 an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie die zuständigen Fachausschüsse am 07.10.2020)

(Überweisung der Finanzplanung Drucksache 17/11101 an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie die zuständigen Fachausschüsse am 07.10.2020)

Vorsitzender Oliver Keymis weist auf den pandemiebedingt außergewöhnlich zügigen Beratungsverlauf hin, den man nach Überwindung der Krise gerne wieder etwas entschleunigen dürfe: Nach den Einbringungen und der ersten Beratung am 6. November 2020 folge heute die zweite Beratung, inklusive der Beantwortung weiterer Fragen der Fraktionen durch die Landesregierung; schriftliche Fragen und Antworten lägen bereits vor.

a) Einzelplan 02; Kapitel 02 060 (Medien)

Alexander Vogt (SPD) gibt an, seit der vergangene Ausschusssitzung immer mehr Meldungen zu erhalten, in denen vor einer dramatischen Situation wegen eines möglichen Arbeitsplatzabbaus in Lokalfunkredaktionen gewarnt werde. Die Landesregierung lobe sich für den Anfang des Jahres ausgehandelten „Solidarpakt Lokalfunk NRW“, aber nun geschehe genau das, was seine Fraktion immer befürchtet habe: Die Arbeitsplätze sowohl von festen als auch von freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stünden zur Disposition. Weise der Haushaltsplan Posten auf, mittels derer Medien-,

und Redaktionsvielfalt sowie journalistische Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen erhalten werden könnten?

Coronabedingt dürften viele Veranstaltungen derzeit nicht oder nur eingeschränkt stattfinden, aber die Abschaffung des Medienforums NRW sei schon vor der Pandemie erfolgt, und bezüglich der zwar nicht vom Land veranstalteten, aber ebenfalls abgeschafften VideoDays gebe es kein Bemühen um Ersatz. Die Landesregierung habe eine Perlenkette, bestehend aus hochwertigen Veranstaltungen, angekündigt – was genau sei diesbezüglich geplant, auch für die Zeit nach dem Lockdown?

Bisher wisse man nur, dass man das schon vorher einigermaßen gut ausgestattete Global Media Forum großzügig mit Geld unterstütze. Sollten dabei, wie bisher geschehen, lediglich Kurzauftritte des Ministerpräsidenten herauskommen, handle es sich um eine ziemlich teure Angelegenheit, zumal es sich bei der Deutschen Welle nicht um einen nordrhein-westfälischen Sender im eigentlichen Sinne handle und man daher von einer Bundesveranstaltung sprechen müsse.

Bezugnehmend auf den „Solidarpakt Lokalfunk NRW“ hebt **StS Nathanael Liminski (Chef der Staatskanzlei)** hervor, dass ein Hilfsprogramm, insbesondere wenn es gemeinsam mit Partnern bewerkstelligt werde, auch irgendwann auslaufen müsse. Wenn man diesen Umstand kritisiere, müsse man sich die Frage gefallen lassen, ob man damit nicht das Signal sende, künftig besser überhaupt keine Hilfsprogramme mehr aufzulegen, da man sowie nicht alle Erwartungen erfüllen könne.

Über den damals bundesweit einzigartigen Solidarpakt habe man einen engen und strukturierten Austausch mit den Akteurinnen und Akteuren im Lokalfunk gepflegt, weshalb man ihn nach wie vor als geeignete Maßnahme bewerte. Es herrsche die Auffassung vor, dass die bis Ende September zugesagte Arbeitsplatzgarantie bis Ende Dezember verlängert werden müsse. Dass im März bzw. April keiner der Beteiligten halbwegs gesicherte Prognosen für die Zeit ab Januar 2021 habe abgeben können, liege im Wesen des Wirtschaftssystems einerseits und dem der Pandemie andererseits begründet, weshalb man Verständnis für die damalige Zurückhaltung aufbringen müsse.

Als Landesregierung setze man sich dafür ein, Rahmenbedingungen zu schaffen, die zu möglichst wenig Verlusten bei Know-how und Arbeitsplätzen führten. Man dürfe allerdings nicht die Erwartung erzeugen, dass das Land einzelne Arbeitsplätze sichern könne, diese Aufgabe – das verrate schon die Bezeichnung „Privatradio“ – komme vielmehr den Unternehmen zu. Nicht nur die Landesregierung, sondern auch die Landespolitik insgesamt möge es tunlichst vermeiden, während der Pandemie Arbeitsplatzgarantien für einzelne Branchen auszusprechen; im Übrigen täten das auch die Bundesregierung bzw. der Bundesfinanzminister nicht. Wenn man nämlich Bereiche, die einem aus verschiedenen Gründen besonders am Herzen lägen, in dieser Weise bevorzuge, kämen in anderen Bereichen zu Recht Fragen auf: Sei man etwa nicht bedeutsam? Sei man etwa nicht systemrelevant? Oder liege es daran, dass man nicht von der Staatskanzlei betreut werde und weniger guten Zugang zu einzelnen Landtagsabgeordneten habe? – Um Neiddebatten und Verteilungskämpfe zu vermeiden,

die die schwierige Situation weiterhin verschärfen würden, solle man also keine Versprechungen machen, die man ohnehin nicht halten könne.

Nicht nur mit dem Solidarpakt, sondern auch mit dem erfolgreichen Einsatz für Bundesmittel habe die Landesregierung für den Lokalfunk in diesem Jahr eine Menge erreicht. Dessen schon länger anhaltenden Schwierigkeiten wolle man zudem mit der Strategie „Radio in NRW 2022“ begegnen. Wegen noch laufender Gesetzgebungsprozesse greife diese zwar noch nicht, aber sie werde die strukturellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Lokalfunk auch unter veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus sich selbst heraus stark sein könne. Man signalisiere den Lokalfunk-Anbietern und den übrigen Akteuren, wie sehr man Medienvielfalt schätze und dass es dafür Arbeitsplätze sowohl für feste als auch für freie Journalistinnen und Journalisten brauche.

Im Übrigen müsse man auch während einer Pandemie den Grundsatz der Staatsferne einhalten und eine Zunahme der direkten Abhängigkeit journalistischer Angebote von staatlichen Leistungen tunlichst vermeiden, schon deshalb, weil das Verschwörungstheorien befeuern würde. Bereits im vorigen Haushalts habe man mit der Landesanstalt für Medien NRW einen hinreichend staatsfernen Akteur gestärkt, der etwa mittels Journalismus Lab und Audio Innovation dabei helfen könne, die Medienvielfalt im Land zu sichern. Dieser komme darüber hinaus zugute, dass vier von fünf Projekten der Ruhr-Konferenz trotz der Pandemie an den Start gegangen seien.

Im Zusammenhang mit Medienveranstaltungen müsse man in diesem Jahr, wie bei allen anderen Veranstaltungen auch, auf Sicht fahren: teilweise fielen sie aus, teilweise fänden sie hybrid und teilweise komplett digital statt. Was das Global Media Forum angehe, berate man sich gerade mit den übrigen Beteiligten, vertrete als Land aber die Auffassung, dass es mindestens ein hybrides Format sein müsse, um Sichtbarkeit herstellen zu können. Die Fragen, die den Erwägungen zugrunde gelegen hätten, das Global Media Forum als zentralen Ort der medienpolitischen Debatte zu stärken, hätten noch an Relevanz gewonnen. Man habe seinerzeit festgestellt, dass ein Medienforum, das den Eindruck erwecke, medienpolitische Fragen sozusagen in einem nordrhein-westfälischen Closed Shop klären zu können, nicht zeitgemäß sei und von der Branche auch nicht mehr nachgefragt werde. Auf die insbesondere in der Medienlandschaft wirkmächtigen Megatrends Digitalisierung und Internationalisierung müsse man entsprechend reagieren; auch weil Medienunternehmen, Medienwirtschaft und Medienpolitik betreffende Fragen maßgeblich in digitalen und internationalen Diskussionsprozessen geklärt würden, handle es sich beim Global Media Forum um ein adäquates Veranstaltungsformat.

Mit der Deutschen Welle verfüge man über einen Partner, mit dessen Hilfe man derartige Formate etablieren könne. Man habe damals entschieden, sich zu beteiligen, um den Footprint Nordrhein-Westfalens zu vergrößern. Zwar treffe es zu, dass es noch mehr sein könne, aber bei der Behauptung, es beschränke sich auf Kurzauftritte des Ministerpräsidenten, handle es sich um eine zwar legitime, aber nichtsdestotrotz unzutreffende oppositionelle Zuspitzung. Vielmehr habe es schon mehrere Veranstaltungen gegeben, mittels derer nordrhein-westfälischen Akteuren eine Bühne geboten worden sei, und das werde beim nächsten Mal noch zunehmen.

Natürlich könne man wie Alexander Vogt (SPD) die Auffassung vertreten, dass es sich bei der Deutschen Welle nicht um einen nordrhein-westfälischen Sender im eigentlichen Sinne handle – die Landesregierung aber erfülle es mit Stolz, Sitz des Senders zu sein, zumal es sehr gut damit zusammenpasse, einziger deutscher UN-Hauptstandort zu sein. Der Landtag solle sich möglichst um einen parteiübergreifenden Konsens bemühen, die Deutsche Welle in Bonn zu halten und Bestrebungen, sie nach Berlin zu verlegen, entgegenzutreten.

Im Übrigen treffe es nicht zu, dass es sich beim Global Media Forum um das einzige neue Format handle, schließlich gebe es auch den trotz seiner damaligen Anwesenheit von Alexander Vogt (SPD) unterschlagenen Mediengipfel des Ministerpräsidenten. Die Rückmeldungen zu dieser Veranstaltung im kleineren Rahmen, bei der ein renommierter Keynote Speaker sich Zukunftsfragen widme, fielen jedenfalls positiv aus.

Darüber hinaus habe man bestehende Formate deutlich aufgewertet bzw. ausgebaut – worauf sich die Bezeichnung „Perlenkette“ beziehe. So sei das Engagement beim Filmpreis Köln, beim gamescom congress und bei der gamescom selbst deutlich ausgeweitet worden. Zudem habe man bewährte Formate in NRW halten können, was bei der gamescom bekanntermaßen kein Selbstläufer gewesen sei. Wie sehr man im nächsten Jahr Vor-Ort-Events mit hoher Strahlkraft werde organisieren können, bleibe abzuwarten, in jedem Fall arbeite man voller Hoffnung daran.

Genau wie sein Vorredner wertet **Alexander Vogt (SPD)** es als positiv, dass die Deutsche Welle in Nordrhein-Westfalen sitze, im Übrigen habe Rot-Grün sich dafür stets eingesetzt. Das bedeute aber nicht, dass man sich auf einer Veranstaltung wie dem Global Media Forum ausruhen und hinnehmen dürfe, das Bundes- durch Landesmittel ersetzt würden. Vielmehr müsse man darauf hinarbeiten, dass die bisher für die Deutsche Welle bzw. das Global Media Forum geflossenen Bundesmittel in gleicher Höhe weiter flössen.

Nicht zuletzt wegen der Großen Anfrage seiner Fraktion in dieser Sache wisse man, dass Zeitungsredaktionen massiv verkleinert oder zusammengelegt würden, was mit dramatischen Folgen für den Lokaljournalismus bzw. die Journalisten einhergehe. Darüber hinaus führe diese Entwicklung zu einer Schwächung der Kontrollfunktion gegenüber Politik und Wirtschaft vor Ort. Im Übrigen wirke sich das auch auf die regionale und überregionale Berichterstattung aus, da Nachrichten, die beispielsweise die „Tagesschau“ aufgreife, nicht selten von einem Lokaljournalisten ausgingen.

Es habe im Land immer den Konsens gegeben, dass es 44 Lokalsender mit eigenständigen Redaktionen und im Gegenzug Privilegien für die Radiobetreiber bzw. Verleger geben solle. Aufgrund der Coronapandemie gestalte die Situation sich derzeit allerdings schwierig. Man habe stets darauf hingewiesen, dass 700.000 Euro nicht ausreichen, und dabei gehe es keinesfalls um Neiddebatten, so sei es beispielsweise angemessen, dass den Kinos 15 Millionen Euro zur Verfügung stünden. Man müsse sich aber Gedanken darüber machen, ob man vor Ort redaktionelle Vielfalt aufrechterhalten könne, indem man beispielsweise versuche, das, was im Printjournalismus weg falle, mittels Lokalsendern auszugleichen.

Im Übrigen gebe es auch gut aufgestellte Lokalsender, die Gewinne abwürfen, bei denen aber dennoch Personaleinsparungen gefordert würden. Sollte sich die Koalition darauf zurückziehen, dass die Sender keine Zahlen vorlegten, fordere die Opposition, den auf der Regierungsbank sitzenden Verleger in die Gespräche miteinzubeziehen. Die Landesregierung könne sich nicht heraushalten, indem sie sich lediglich auf den Solidarpakt berufe; und sobald Kritik daran aufkomme, drohe sie auch noch an, derartige Maßnahmen künftig nicht mehr zu ergreifen. Stattdessen müsse sie sich Modelle überlegen, mittels derer man den Lokaljournalismus flächendeckend erhalten könne.

StS Nathanael Liminski (Chef der Staatskanzlei) stimmt der Situationsbeschreibung seines Vorredners in Teilen zu, meint aber auch, deutlich gemacht zu haben, dass die Landesregierung den Lokalfunk keinesfalls als heile Welt betrachte, vielmehr sei man mit den dortigen Zuständen schon vor der Pandemie nicht zufrieden gewesen. So werde dieses Thema im Koalitionsvertrag ausführlich behandelt, und es liefen intensive Gespräche mit den Akteuren, um strukturelle Verbesserungen zu erreichen.

Das Ziel müsse darin bestehen, dass guter Journalismus im Lokalfunk finanziell attraktiv bleibe. Auf diese Weise erhalte man dem Lokalfunk die wirtschaftliche Unabhängigkeit, die mit der journalistischen Unabhängigkeit direkt zusammenhänge. Dafür reichten bloße Appelle allerdings nicht aus. Jeder, der sich in diesem Bereich unternehmerisch engagiere, trage eine besondere Verantwortung – wie er selbst in Gesprächen mit den betreffenden Unternehmensvertretern auch immer wieder hervorhebe.

Es bleibe nicht beim Landesprogramm, vielmehr komme das Bundesprogramm hinzu, wobei das Zweitere das Erstere in finanzieller Hinsicht übertreffe. Man erkenne die besonderen Belastungen, aber auch den besonderen Wert des Systems also durchaus an. Nicht zuletzt die Pandemie verdeutliche, dass es sich bei Lokaljournalismus nicht um irgendeinen Luxus handle, den man sich gönnen könne oder auch nicht, sondern dass er die Basis für demokratische Kontrolle bilde. Indem man diesem Thema in der Landespolitik so viel Aufmerksamkeit widme, komme man also einer wichtigen Verantwortung nach. Im Übrigen werde man das, gegebenenfalls mit anderen Akzenten, auch nach der Coronapandemie noch tun, und weder die beiden Hilfsprogramme noch vorliegender Haushalt stellten den Schlusspunkt dieser Bemühungen dar.

Andrea Stullich (CDU) wirft Alexander Vogt (SPD) vor, ständig am Solidarpakt herumzumäkeln, aber keine eigenen vernünftigen Ideen vorweisen zu können, womit er destruktiv und weltfremd agiere. Beim Solidarpakt handle es sich nicht nur um ein solidarisches, sondern vor allem um ein wirksames Modell, das das Lokalfunksystem in der Krise stabilisiere.

Die Pandemie wirke nicht nur, aber auch im Bereich des Lokalfunks wie ein Brennglas und lasse Probleme deutlich sichtbar werden. Das umfasse auch solche struktureller Art, die dem System seit Jahrzehnten innewohnten. Die Verantwortung dafür trage die SPD, die das Lokalfunksystem bzw. das Zweisäulenmodell nicht vernünftig weiterentwickelt, keine Marktanalysen durchgeführt und Sendegebietszuschnitte nicht geprüft habe. Mit den Folgen dieser Versäumnisse werde man nun konfrontiert.

Im Übrigen zeigten vorliegender Haushalt und die Steigerung der Mittel um mehr als 60 % seit 2017 welchen Stellenwert die NRW-Koalition der Medien- und Netzpolitik beimesse.

Alexander Vogt (SPD) hält seiner Vorrednerin vor, dass sie gut drei Jahre nach Regierungsantritt von Schwarz-Gelb noch immer Rot-Grün kritisiere, was den Eindruck erwecke, dass sie sich in die Opposition zurücksehne, um keine Entscheidungen mehr treffen und keine Maßnahmen mehr ergreifen zu müssen. Zudem ließen ihre Äußerungen vermuten, dass sie sich nicht mit dem Thema beschäftige. Im Zusammenhang mit dem Solidarpakt habe seine Fraktion wesentlich mehr Geld als 700.000 Euro – also noch nicht einmal 16.000 Euro pro Sender – beantragt, was aber durch CDU und FDP abgelehnt worden sei. Man werde also weitere Anträge zur Unterstützung des Lokalfunks stellen, denen sie sich gerne anschließen könne, sofern sie es nicht vorziehe, Geschichten von früher zu erzählen.

Andrea Stullich (CDU) kritisiert ihren Vorredner zum einen dafür, dass er die drei Jahre CDU/FDP-Regierungszeit mit jahrzehntelangen SPD-Versäumnissen vergleiche und zum anderen dafür, dass er immerzu die absurde Forderung aufstelle, die Landesregierung solle den Lokalradios Geldsäcke vor die Türen schmeißen. – In einem Lokalfunksystem, das sich als Solidarmodell verstehe, hätten die starken den schwachen Sendern jetzt noch mehr als sonst zu helfen.

Im Übrigen stärke die Landesregierung das Lokalfunksystem über die Krise hinaus mittels der Hörfunkstrategie und gesetzlicher Vorrangregelungen für UKW- und DAB+-Frequenzen.

b) Einzelplan 06; Kapitel 06 050 (Kulturförderung), Kapitel 06 080 (Landesarchiv, Archivwesen)

Einleitend darauf hinweisend, dass man trotz der schwierigen Lage wie verabredet an der Entwicklung der Stärkungsinitiative festhalten werde, kündigt **Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** an, sich nach der Vorstellung der Einzelplankapitel in der vorigen Ausschusssitzung heute auf die Ergänzungsvorlage fokussieren zu wollen.

Man sehe eine Erhöhung der Mittel für das JeKits-Programm vor, um es deutlich zu stärken bzw. neu auszurichten; für die Mittelfristige Finanzplanung sehe man weitere Aufwüchse vor. Die inhaltliche Neuausrichtung solle mit dem Schuljahr 2021/22 beginnen; man wolle wieder zu einer Vierjährigkeit kommen. Ein weiterer Schwerpunkt liege bei der Neustrukturierung der Organisation bzw. der Verfahren, um sich landesweit besser aufstellen zu können. Die vorhandenen Haushaltsmittel verschiebe man budgetneutral aus der Titelgruppe 68 in die Titelgruppe 60. Zudem wolle man stärker mit Kommunen, Schulämtern usw. kooperieren; mit dem Landesverband der Musikschulen führe man als wichtigem Kooperationspartner bei der Neuorganisation bzw. Neuaufstellung gute Gespräche, die hoffnungsvoll stimmten. Über Details werde man bei anderer Gelegenheit informieren.

Andreas Bialas (SPD) dankt seiner Vorrednerin für die Informationen zu JeKits und stimmt ihr dahingehend zu, man dieses Thema besser bei anderer Gelegenheit vertiefen könne.

Es gebe ein Schreiben des Kulturrats an Minister Lutz Lienenkämper (FM), in dem es um die Förderkriterien gehe. Dabei handle es sich um ein Dauerthema, dem aber in der derzeitigen Krisensituation eine besondere Bedeutung zukomme, da sich Fragen nach Übertragbarkeit und Mehrjährigkeit stellten. Außerdem gelte es, zu klären, inwieweit Honorare gezahlt würden, bezüglich derer der Anmeldungsstichtag verstrichen sei. Auch wenn es heute keine abschließenden Antworten geben könne, müssten diese die Finanzierung von Projekten bzw. Künstlern in wesentlicher Weise betreffenden Fragen eingebracht werden.

Vorsitzender Oliver Keymis gibt an, besagtes Schreiben ebenfalls erhalten zu haben und bestätigt die Wichtigkeit dieses Themas, was **Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** um die Bemerkung ergänzt, dass man sich in ihrem Haus nahezu täglich damit befasse.

LMR Frank Derix (MKW) führt aus, dass es im laufenden Haushalt 2020 einen Haushaltsvermerk gebe, der 20 % der Ausgaben des Kulturkapitels für die Selbstbewirtschaftung vorsehe. Das eröffne die Möglichkeit, die in diesem Jahr nicht abgeflossenen Mittel ins nächste Jahr zu übertragen, ohne dafür an anderer Stelle des Kulturetats Einsparungen vornehmen zu müssen. In enger Zusammenarbeit mit der Kulturabteilung werde man die Möglichkeiten dieses Haushaltsvermerks in diesem Jahr ausreizen.

Im Kulturkapitel für das Jahr 2020 wirkten als Sondereffekt die für den Aufbau von drei Museen vorgesehenen 97,7 Millionen Euro. Diese Mittel stünden zu 100 % für die Selbstbewirtschaftung zur Verfügung, weshalb sie komplett in die nächsten Jahr vorgetragen werden könnten. Damit verbleibe ein Delta des Kulturetats von über 275 Millionen Euro; 20 % davon, also 55 Millionen Euro, könnten mittels des Haushaltsvermerks ins nächste Jahr vorgetragen werden. Voraussichtlich werde man mit diesem Betrag hinkommen, falls nicht, müsse man über andere Lösungen nachdenken. Es gebe für den Haushalt auch Regelungen zur Übertragbarkeit, man könne also Reste in das nächste Jahr vortragen, brauche dann aber eine Deckung.

Bezugnehmend auf die Ausführungen seines Vorredners merkt **Vorsitzender Oliver Keymis** an, dass das zunächst einmal gut klinge, was **Andreas Bialas (SPD)** bestätigt.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) ergänzt, dass sich alles, was nicht abflösse und zurückkomme, innerhalb der 20-%-Grenze bewege, die man im Übrigen als gut bewerten könne; Genaueres wisse man aber erst am Ende des Jahres.

Andreas Bialas (SPD) möchte wissen, ob es bezüglich des nächsten Jahres bzw. der nächsten Jahre die Möglichkeit gebe, im Notfall Ausfallhonorare zu zahlen, wie die

Kofinanzierung im Hinblick auf die unterschiedlichen Trägerschaften aussehe und ob einige der Förderkriterien auch längerfristig gelten könnten.

LMR Frank Derix (MKW) weist auf einen Erlass des FM vom 1. April hin, der im Zusammenhang mit der Coronapandemie weitreichende Erleichterungen bezüglich der Förderungen gewähre; zudem gebe es seitens des FM die Zusage, diesen zunächst bis Jahresende befristeten Erlass zu ergänzen und zu verlängern, weil man schon jetzt erkennen könne, ihn auch im kommenden Jahr noch zu benötigen. Vorausgegangen sei dem ein Erlass des MKW, mittels dessen man ermöglicht habe, Ausfallhonorare fördern zu können, um im Zuge der Krise die Strukturen erhalten zu können.

Auf Grundlage des Sondervermögens bestehe im Übrigen die Möglichkeit, Billigkeitsleistungen nach § 53 Landeshaushaltsordnung zu gewähren und so Förderungen unter etwas erleichterten Bedingungen laufen zu lassen. Auch für das Kulturkapitel existiere ein Billigkeitsvermerk, der die Optionen entsprechend erweitere.

Vorsitzender Oliver Keymis vermutet, dass es eine Antwort auf das auch an die Sprecher bzw. Verantwortlichen gelangte Schreiben gebe, anhand derer man das von seinem Vorredner soeben Ausgeführte nochmals nachvollziehen könne, was **LMR Frank Derix (MKW)** bestätigt.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) freut sich, auch weiterhin gestalterisch tätig sein und die anfänglichen Vorhaben realisieren zu können. Die Aufwüchse verlagere man nach und nach in die jeweiligen Titel, um so Transparenz herzustellen.

Vorsitzender Oliver Keymis begrüßt die Kontinuität der Aufwüchse im Kulturbereich trotz der derzeitigen Krise, was sich nach deren Überwindung sicherlich auszahlen werde. Das gelte in ähnlicher Weise für den Medienbereich, wobei man hier insbesondere die Aufwüchse bei der Filmstiftung hervorheben könne.

c) Weiterer Beratungsverlauf

Vorsitzender Oliver Keymis weist darauf hin, dass der AKM die Beratungen zum Haushaltsplan und zur Finanzplanung in seiner für den 19. November 2020 ab 13:30 Uhr geplanten Sitzung abschließen und man bei dieser Gelegenheit auch über etwaige Änderungsanträge der Fraktionen abstimmen werde.